

# Voelke-Zeitung

Dreihundfünfundvierzigster Jahrgang.

Preis 1.00 Mark, vierteljährlich 2.50 Mark, durch die Post 4.50 Mark auswärts. Zustellungsgebühren. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Im omnibus Zeitungsverzeichnis unter Voelke-Zeitung eingetragen. Für Anzeigen eingegangene Manuskripte werden keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe. Voelke-Zeitung gehalten. Herausgeber der Schriftleitung Hr. 1140, der Anzeigen-Abteilung Hr. 1142, der Bezugs-Abteilung Hr. 1133, Postfach-Konto Leipzig Nr. 4004.

Nr. 69.

Halle, Dienstag, den 11. Februar.

1919.

## Annahme des Verfassungsentwurfes.

Alle Parteien der Nationalversammlung mit Ausnahme der unabhängigen Sozialdemokratie für das provisorische Verfassungsgesetz. — Neue Anstrengungen der Polen im Osten. — Vor der Wahl des Reichspräsidenten.

### Praktische Arbeit.

Tagelang wurde die Presse aus Weimar mit Mitteilungen überschüttet, die sich in allerlei Kombinationen über die Zusammenlegung der neuen Regierung ergingen. Der Streit um die Frage, bleibt David Präsident der Nationalversammlung oder verzichtet er zugunsten des Zentrumsmanns Friedrich, wird Ebert Reichspräsident oder Reichsverweser, um diesen alten Begriff aus dem Jahre 1849 wieder aufzufrischen zu lassen, oder irgendein „Bürgerlicher“, müßte allmählich langweilig wirken und konnte auf die Herzen fallen, weil wir alle nicht eine Kapitalerei um irgendein ehrenvolles Amt, sondern praktische Arbeit zur Wiederaufrichtung des Reichs erwarteten. Nun, die Montags-Sitzung der Deutschen Nationalversammlung hat uns dem Ende des Streits um die Verteilung der Regierungsgewalt näher gebracht; denn mit der praktischen Arbeit wurde nach einem fast schon zu langen Jögern angefangen.

Es ist grundlegende Arbeit, die am gestrigen Montag nach den vorliegenden drahtlichen Berichten geleistet wurde allerdings noch nicht solche, die Dauer verheißt. Nachdem schon der Sonnabend die erste Lesung der Verfassungsentwürfe über die Regelung der Reichsgewalt gebracht hatte, sollte die Vorlage jetzt endgültig ihre Erledigung finden. Bei der ersten Lesung hatte es den Anschein gemacht, als ob die Vorlage nach der Begründung durch den demokratischen Staatssekretär Dr. Preußler lang und langsam unter Dach und Fach gebracht werden würde. Dann aber prasselten die Änderungsanträge auf das Preussische Werk nur so nieder, gleichsam als ob nicht die Not der Zeit als dringende Mahnerin hinter der Nationalversammlung stünde und als ob die Vorlage auch ebenlogig in einigen Wochen erledigt werden könnte. Wären alle Anträge einer lässlichen Durchberatung unterzogen worden, dann wäre eine geradezu heftige Verzögerung entstanden. Die Macht der Mehrheit hätte kraftvoll in Erscheinung treten müssen. Durch energische Schlussanträge hätte ein Ausweg aus dem Dilemma gesucht werden müssen. Daß es nicht so schlimm kam, ist begrüßenswert.

Allein durch die Anträge der Unabhängigen hatte sich das Haus hindurchgearbeitet. Für sie ist die Regierung Ebert-Scheidemann nun einmal ein höchst reaktionäres Gebilde, dessen Arbeiten und Gedanken nichts als Mißtrauen verdienen. Die Unabhängigen kümmern sich denn auch herzlich wenig um den Willen aller anderen Parteien, das Gesetz möglichst schnell zu erledigen, um dadurch eine verhandlungsfähige Regierung zu schaffen. Besonders wandten sich die Unabhängigen gegen die Einrichtung eines Staatenscheiters und gegen die Stellung des Präsidenten. Sie, die danach streben und streben, die Rechte der Nationalversammlung nach Kräften zu beschneiden und zu unterbinden, orientieren bei ihrer Stellungnahme gegen das Staatenscheitern mit dem Gedanken, daß die Souveränität der Nationalversammlung nicht beeinträchtigt werden dürfe. An Stelle eines Reichspräsidenten möchten die Unabhängigen ein Kollegium von fünf Köpfen haben. Ihre Anstrengungen blieben erfolglos. Der Arbeitsblock, der hier alle Parteien mit Ausnahme der Ipartatensverbänden Unabhängigen umfaßt, nahm einen Antrag Panner-Vöbe-Polaborsky-Kiesler für die Schaffung eines Staatenscheiters an, der auch für die Möglichkeit der Schaffung neuer deutscher Bundesstaaten Raum läßt. Von größter politischer Tragweite ist hierbei jedoch, daß eine Frist bis zum 31. März d. J. festgelegt ist. Wenn die Unabhängigen in ihrer Zerplitterungswut weitere Fristsetzungen gründen wollen — man denke hier nur an die berühmte nordwestdeutsche Republik, an die Zentrumrepublik Rheinland usw. —, dann werden sie sich scheitern müssen. Zu den Anträgen der Unabhängigen, die ein unumhüllliches Ende fanden, gehört auch der, der den Arbeiter- und Soldatenräten eine ganz besondere Stellung durch eine Art Kontrollinstanz zuschreiben wollte.

Von politischer Bedeutung war schließlich noch eine Debatte über die diplomatischen Geheimverträge. Der Staatssekretär des Äußeren will keine Geheimverträge abschließen. Das ist eine erfreuliche Zusage für die Zukunft, die aber stillen Wert hat nur haben kann, wenn auch die Gegenseite auf Geheimverträge verzichtet, was das von dem demokratischen Abg. Dernburg betont worden ist.

In drei Stunden war nach den vorliegenden Berichten das große Werk vollbracht. Deutschland hat eine republikanische Verfassung. Dafür war nicht nur der aus Zentrum, Demokraten und Reichspolissozialdemokraten gebildete Regie-

rungsbild, sondern das ganze Haus mit Ausnahme der Unabhängigen, die särmend und polternd hinter dem langsam in Bewegung kommenden Reichswagen herlaufen, ohne ihn zum Stillstande bringen zu können. Diese Einmütigkeit fast der gesamten deutschen Volkvertretung muß auch auf das Ausland einen gewissen Eindruck machen. Noch mehr für das ernsthafte demokratische Wollen unserer vorläufigen Regierung sprach dann der Wunsch der Montag-Sitzung. Die Regierung ließ durch den Mund des Volksbeauftragten Scheidemann erklären, daß sie ihr Mandat als erledigt ansieht und deshalb in die Hände der Nationalversammlung zurückgibt. Das ist demokratische Art, die so ganz anders aussieht als das Verhalten vieler Arbeiter- und Soldaten-

räte, die auch nach den Wahlen nicht von ihrer selbst zugeeigneten Macht lassen wollen. Die jetzige Regierung wird auf Wunsch der Nationalversammlung bis zur Bildung des Reichsministeriums die Geschäfte weiter führen. Mit der Bildung des letzteren wird die Nationalversammlung durch die Wahl des Reichspräsidenten den ersten Schritt tun. Es besteht nach allen bisher vorliegenden Meldungen kein Zweifel daran, daß Volksbeauftragter Ebert heute zum provisorischen Reichspräsidenten gewählt werden wird, und es bleibt nur der Ausdruck der Hoffnung übrig, daß dem von ihm zu benennenden Ministerpräsidenten schnellstens die Bildung eines Ministeriums mit einem zuträuglichen Aktionsprogramm gelingt. C. H.

### Die erste Redeschlacht in der Nationalversammlung.

Einmütigkeit der Parteien von Posadowsky bis Scheidemann. Die Opposition der Unabhängigen. — Um das Staatshaus. — Gegen den Abschluß künftiger Geheimverträge. — Scheidemanns Regierungserklärung.

Weimar, 10. Februar. Vierte Sitzung der Nationalversammlung. Eröffnung um 3 Uhr.

Auf den Regierungsbänken Mitglieder der Reichsregierung und der Bundesräte.

Zunächst gibt der Präsident Dr. David bekannt, daß die Leipziger Nationalversammlung mitzutellen wünscht, um wilden Gerüchten in Weimar entgegenzutreten, daß Unruhen in Leipzig ausgebrochen seien, daß mit Maschinengewehren geschossen und der Oberbürgermeister verletzt worden wäre, daß alle diese Gerüchte unwahr seien. Weil die Schulpforte und die Feuerwehr in einen Streit eingetreten seien, um Lohnforderungen durchzusetzen, ruhe der Betrieb im Leipziger Rathaus.

Weiter gibt der Schriftführer bekannt, daß der deutsche Volksrat für Westpreußen in Danzig, der Kongreß der vöpreussischen Arbeiter- und Soldatenräte, die Delegierten der bayerischen Volkspartei, der österreichische Arbeiter- und Soldatenrat in Dresden und der Arbeiter- und Soldatenrat Westpreußen die Nationalversammlung begrüßen und sich hinter die Nationalversammlung stellen, die zugleich aufgefordert wird, kein Bündnis mit dem kaiserlichen Bundesheer zu schließen.

Als nächstes wird in die Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die vorläufige Reichsgewalt eingetreten. Der Präsident teilt den Vorlauf einer Anzahl von Anträgen der Deutschnationalen Volkspartei mit, die bereits von der Presse veröffentlicht worden sind. Die Vertreter der Parteien geben hierauf Erklärungen über die Stellungnahme ihrer Parteifaktionen ab.

Als Erster spricht namens der süddeutschen Regierung Herr Träger, der für Süddeutschland die Zustimmung gibt, daß man für den Entwurf stimmen werde, wenn er eben den nur vorläufigen Charakter trage und wenn bald an die Schöpfung einer endgültigen Verfassung herangetreten werden möchte. Volksbeauftragter Ebert gab eine dementsprechende kurze Erklärung ab. Namens der Mehrheitsoppositionen mit Abg. Vöbe-Breslau die Erklärung ab, daß seine Partei, obgleich sie starke Bedenken insbesondere gegen § 2 des Gesetzesentwurfs habe, für diesen Entwurf stimmen werde.

Abg. Panner (Deutsche Volkspartei) gab für seine Fraktion eine Erklärung ab: Das deutsche Volk hat die ihm zuteilgehende Souveränität ausüben durch die Wahlen zur Nationalversammlung. Die Voraussetzung der Regierungsgewalt muß die demokratische und republikanische Verfassung sein. Für dieses große Hauptwerk müssen wir eine Verfassung schaffen. Es muß anerkannt werden, daß die Verfassungsentwurf sofort in Kraft zu treten hat. Wir behalten uns vor, alle großen Gesichtspunkte, die wir für notwendig erachten, in das eigentliche Verfassungswerk hineingebraucht zu werden und ohne Rücksicht auf unsere heutige Zustimmung geltend zu machen. Unsere letzte Zuversicht ist, daß das Gesetz einen gerechten und vernünftigen Ausgleich über staatsmännliche Erwägungen hinwegbringen wird. Verfassungen und Nachgeben haben uns zum Erfolge verholfen. Verfassung und Nachgeben werden uns auch eine Verfassung schaffen, die uns die Stellung gibt, die uns niemand mehr vordrücken kann. Unsere Feinde, die uns

den Feinden vorzuziehen wollen, sollen uns auf diesem ersten Schritt geeint und entschlossen finden. Die erste Kräftigung soll den anderen vor-

guter Vorbildung sein. Wenn die Nationalversammlung zu einer ersten und zielbewußten Arbeitsgemeinschaft wird, so wäre das der Erfolg der demokratischen Idee und der sozialen Umänderung. Meine Freunde, die dieser Idee dienen wollen; werden geschlossen für die Vorlage stimmen. Redner tritt auch um sofortige Durchberatung des Entwurfs in zweiter und dritter Lesung.

Abg. Heim (Bayer. Volkspartei) wünscht, daß es gelingt, den berechtigten Wünschen seiner bayerischen Heimat endlich gerecht zu werden. Wir behalten uns die bayerische Regierung und den bayerischen Landtag vor. Sollten diese entkräftet werden, dann müßten wir gegen die Vorlage stimmen.

Abg. Dehnbach (Deutschl. Vp.) bemerkt, daß seine Fraktion gegen den Gesetzesentwurf schwerste grundsätzliche Bedenken gehegt habe, so daß zunächst an eine Kommissionsberatung des Gesetzesentwurfs gedacht werden sei. Er verleihe aber nicht, daß eine solche Verabschiedung ein geschichtliches Erfordernis sei, und so sei seine Fraktion bereit, auf die Kommissionsberatung zu verzichten und bei der Verabschiedung der Verabschiedung mitzuwirken. Er glaube, daß damit die Stellung der Regierung eine Stärkung erfahren werde, wenn nicht nur schnell, sondern auch möglich einstimmig die Vorlage angenommen wird. Infolge dieses Standpunktes ziehe er namens seiner Fraktion die von seiner Partei

gestellten Anträge zurück und erkläre seine Bereitwilligkeit, für die Vorlage zu stimmen. Wir bringen damit ein großes Opfer, jagte der Redner, aber wir sind auch dazu bereit.

Der Abg. Dr. Heine (Deutsche Vp.) hegt gegen die Vorlage ebenfalls Bedenken, aber seine Freunde stellen diese Bedenken zurück aus politischen Rücksichten. Sie fassen deshalb von allen Anträgen ab und hoffen, daß mit der Annahme und Durchführung des Gesetzes wieder Ordnung und Sicherheit im Vaterlande geschaffen werden. Für die endgültige Verfassung behalten sie sich ihre Stellung natürlich vor.

Abg. Dr. Cohn (Unabh.) und seine Freunde halten es für notwendig

eine Vor- und Rückschau zu halten. Diese Vor- und Rückschau wird in sehr ausweichtiger Weise von dem Redner vorgenommen. Sie seien nicht abgeneigt, eine provisorische Verfassung mit zu schaffen. Seine Fraktion habe es aber für notwendig gehalten, mit einer Stimme zweier Verfassungen an der Schöpfung der Verfassung teilzunehmen. Seine Fraktion beantragt, den § 2 zu streichen. Der Staatsentscheid sei nicht ein Bundesgesetz, sondern ein Bundesgesetz. Es könne sich nur handeln um den Standpunkt einer einheitlichen deutschen Republik. Schwere Bedenken helfen gegen

die Stellung des Reichspräsidenten, bei der die alten Traditionen wie bei vielen anderen stark in die Erscheinung traten. Er möchte seinen Kopf zum Wande geben, daß der Entwurf von einem bewährten Manne der früheren Reichspräsidenten verfaßt worden ist, nicht aber von einem der neuen. Seine Freunde wären vor, an die Spitze der Republik nicht einen Präsidenten sondern

ein Kollegium von fünf gleichberechtigten Räten

zu setzen, um eine Aidenwirkung zur Monarchie zu verhindern. Seine Fraktion wolle verbinden, daß die Revolution abgeschlossen und abschließend gemacht werde. Wenn es dazu käme, dann solle der Zentralrat der Räte und Soldaten die Weisung haben, die Wahl wieder auszuführen in einer Auswahl der Nationalversammlung. Der Redner trat für die

Verabschiedung der Räte und Soldaten ein. Diese Entscheidung könne nicht aufgeschoben werden, da die Staatsräte von schlechten Willensmenschen

Herr Helm (H. Sp.): erklärt im Namen seiner Freunde...

Herr Dr. Waldheim (Dem.): Wir freuen uns des Beschlusses...

Herr Dr. Cohn (N. Sp.): erklärt im Namen seiner Freunde...

Herr Dr. Cohn (N. Sp.): begründet in längerer Rede die...

Herr Dr. Cohn (N. Sp.): erklärt unter anderem: Für uns ist...

Herr Dr. Cohn (N. Sp.): erklärt unter anderem: Für uns ist...

Herr Dr. Cohn (N. Sp.): erklärt unter anderem: Für uns ist...

Herr Dr. Cohn (N. Sp.): erklärt unter anderem: Für uns ist...

Herr Dr. Cohn (N. Sp.): erklärt unter anderem: Für uns ist...

Herr Dr. Cohn (N. Sp.): erklärt unter anderem: Für uns ist...

Herr Dr. Cohn (N. Sp.): erklärt unter anderem: Für uns ist...

Herr Dr. Cohn (N. Sp.): erklärt unter anderem: Für uns ist...

Herr Dr. Cohn (N. Sp.): erklärt unter anderem: Für uns ist...

Herr Dr. Cohn (N. Sp.): erklärt unter anderem: Für uns ist...

Herr Dr. Cohn (N. Sp.): erklärt unter anderem: Für uns ist...

Herr Dr. Cohn (N. Sp.): erklärt unter anderem: Für uns ist...

Herr Dr. Cohn (N. Sp.): erklärt unter anderem: Für uns ist...

Herr Dr. Cohn (N. Sp.): erklärt unter anderem: Für uns ist...

Herr Dr. Cohn (N. Sp.): erklärt unter anderem: Für uns ist...

Herr Dr. Cohn (N. Sp.): erklärt unter anderem: Für uns ist...

Herr Dr. Cohn (N. Sp.): erklärt unter anderem: Für uns ist...

Herr Dr. Cohn (N. Sp.): erklärt unter anderem: Für uns ist...

Herr Dr. Cohn (N. Sp.): erklärt unter anderem: Für uns ist...

Herr Dr. Waldheim (Dem.): Wir freuen uns des Beschlusses...

Herr Dr. Cohn (N. Sp.): erklärt im Namen seiner Freunde...

Herr Dr. Cohn (N. Sp.): begründet in längerer Rede die...

Herr Dr. Cohn (N. Sp.): erklärt unter anderem: Für uns ist...

Herr Dr. Cohn (N. Sp.): erklärt unter anderem: Für uns ist...

Herr Dr. Cohn (N. Sp.): erklärt unter anderem: Für uns ist...

Herr Dr. Cohn (N. Sp.): erklärt unter anderem: Für uns ist...

Herr Dr. Cohn (N. Sp.): erklärt unter anderem: Für uns ist...

Herr Dr. Cohn (N. Sp.): erklärt unter anderem: Für uns ist...

Herr Dr. Cohn (N. Sp.): erklärt unter anderem: Für uns ist...

Herr Dr. Cohn (N. Sp.): erklärt unter anderem: Für uns ist...

Herr Dr. Cohn (N. Sp.): erklärt unter anderem: Für uns ist...

Herr Dr. Cohn (N. Sp.): erklärt unter anderem: Für uns ist...

Herr Dr. Cohn (N. Sp.): erklärt unter anderem: Für uns ist...

Herr Dr. Cohn (N. Sp.): erklärt unter anderem: Für uns ist...

Herr Dr. Cohn (N. Sp.): erklärt unter anderem: Für uns ist...

Herr Dr. Cohn (N. Sp.): erklärt unter anderem: Für uns ist...

Herr Dr. Cohn (N. Sp.): erklärt unter anderem: Für uns ist...

Herr Dr. Cohn (N. Sp.): erklärt unter anderem: Für uns ist...

Herr Dr. Cohn (N. Sp.): erklärt unter anderem: Für uns ist...

Herr Dr. Cohn (N. Sp.): erklärt unter anderem: Für uns ist...

Herr Dr. Cohn (N. Sp.): erklärt unter anderem: Für uns ist...

Herr Dr. Cohn (N. Sp.): erklärt unter anderem: Für uns ist...

nachdem er die den beiderseits angenommenen Grundrissen...

Zulagen für Schwerearbeiter.

WTB. Berlin, 10. Februar. Die Schwere, Schwerkraft...

Das neue Reichsheer.

Friedensstärke von 250 000 Mann.

Deutsches Reich.

Rückerbände bei Danzig.

Stichproben in Frankfurt.

Die Wahlen in Koblenz.

Halle und Umgegend.

Stadtvorordneten-Sitzung.

Am Vorstandsamt die Herren Geheimrat...

Erzberger gegen das Verhalten der Feinde.

Die Wahlen als Lebensmittelsfrage.

Art Verierfähigkeit in Polen.

Erzberger gegen das Verhalten der Feinde.

Die Wahlen als Lebensmittelsfrage.

Art Verierfähigkeit in Polen.

Erzberger gegen das Verhalten der Feinde.

Die Wahlen als Lebensmittelsfrage.

Art Verierfähigkeit in Polen.

Die Welt ohne Licht.

Novelle von Hans Geisold. Darum kam Renate auf ihren ersten Ball mit...

Erzberger gegen das Verhalten der Feinde.

Die Wahlen als Lebensmittelsfrage. Die Wahlen sind...

Halle und Umgegend.

Stadtvorordneten-Sitzung. Am Vorstandsamt die Herren...



